

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bündnis AgiEL – AtomkraftgegnerInnen im Emsland
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
IPPNW – Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung

Gronau/Münster/Berlin, 18. Dezember 2019

Uranmülltransport aus Gronau führt zu Protesten in St. Petersburg: Polizei-Aktion gegen russischen Greenpeace-Experten

Atomkraftgegner fordern diplomatische Note von Bundes- und Landesregierung

Die für jetzt Freitag (20.12.) in St. Petersburg erwartete Ankunft des Frachtschiffes Mikhail Dudin mit 600 t abgereichertem Uranmüll aus Gronau/Westfalen hat gestern (17.12.) im Stadtzentrum von St. Petersburg zu neuen Protesten mit gelben Anti-Atom-Tonnen geführt. Danach kam es zu einer Polizei-Aktion gegen den renommierten Energieexperten von Greenpeace Russland, Rashid Alimov. Alimov wurde in den Abendstunden vor seiner Wohnung von Polizisten abgeführt und zu einer Polizeistation gebracht. Dort wurde ihm in Zusammenhang mit der Protestaktion "Landbesetzung" vorgeworfen, was in Russland mit einer hohen Geldstrafe geahndet werden kann. Danach durfte Alimov wieder nach Hause gehen. Bereits vor drei Wochen hatte die Polizei in der geschlossenen Atomstadt Novouralsk bei Ekaterinburg mehrere Umweltschützer vorgeladen, weil sie gegen die Ankunft des deutschen Uranmülls protestiert hatten. Der Gronauer Uranmüll soll an der Uranfabrik von Novouralsk auf unbestimmte Zeit unter freiem Himmel dauergelagert werden.

"Die Uranmülltransporte von Gronau nach Russland führen auch dort zu Protesten und zu staatlichen Einschüchterungsmaßnahmen. Verantwortlich für diesen Atommüllexport sind der Urananreicherungskonzern Urenco und die deutschen Anteilseigner RWE und EON. Diese Firmen tragen aus unserer Sicht auch die Verantwortung für die Konsequenzen, die jetzt auf die Menschen in Russland zukommen, die nur ihre demokratischen Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit wahrnehmen wollen. Wir erwarten von der Bundesregierung und der NRW-Landesregierung, dass sie bei der russischen Regierung auf diplomatischem Wege Protest gegen das Vorgehen der Polizei einlegen. Notwendig und konsequent wäre ein sofortiger Exportstopp für die Gronauer Uranabfälle, damit sich die Situation nicht noch weiter zuspitzt. Wir erklären uns solidarisch mit den Betroffenen in Russland," erklärte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Dr. Alex Rosen, Co-Vorsitzender der deutschen IPPNW ergänzt: „Es ist unser deutscher Atommüll, der jetzt in Russland zu berechtigten Sorgen um Umwelt und öffentliche Gesundheit führt. Es wäre unsere Verantwortung, eine nach aktuellstem wissenschaftlichen Standard vertretbare und möglichst sichere Versorgung dieses strahlenden Abfalls zu gewährleisten. Stattdessen ‚entsorgt‘ ihn Urenco kostensparend nach Russland. Wieder einmal wird klar und deutlich, dass es ein Fehler war, die Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefertigung in Lingen vom Atomausstieg auszuklammern. Wir müssen beide Anlagen schließen und aus dem Geschäft mit der Atomenergie aussteigen, wenn wir unserer Verantwortung für die Sicherheit der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit nachkommen wollen.“

In Russland haben inzwischen mehr als 57 000 Menschen eine Online-Petition von Greenpeace Russland gegen die Uranmüllexporte unterschrieben. Bereits vergangene Woche hat jedoch der Chef von Urenco Deutschland, Joachim Ohnemus, im WDR angekündigt, die Uranmüllexporte von Gronau aus im nächsten Jahr trotz der vielfältigen Proteste einfach fortzusetzen. Anti-Atomkraft-Initiativen haben dagegen bereits neue Proteste angekündigt. Erste Aktion im neuen Jahr wird der Sonntagsspaziergang am 5. Januar um 14 Uhr vor der Urananreicherungsanlage Gronau sein.

Kontakt:

Udo Buchholz, AKU Gronau/BBU, Tel. 02562-23125, 0178-9050717

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

Peter Bastian, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0157-86269233

Kerstin Rudek, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Tel. 01590-2154831

Weitere Infos:

www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, <https://www.laka.org>